

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Krenn, Auer, Markt 1. Druck: Auer, Markt 1. Anzeigenannahme: Auer, Markt 1. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 30 Pf. pro Monat. Ausland: 1.00 Pf. pro Monat. Postamt: Auer, Markt 1. No. 41.

No. 41.

Freitag, den 16. Februar 1921.

16. Jahrgang.

## Das Wichtigste vom Tage.

Wie gemeldet wird, läuft die Einbruchskritik gegen die Visten für die obersteleische Abstimmung entgegen anderen Meldungen nur bis zum 22. Februar.

Der Finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats nahm einen Antrag an, in dem gefordert wird, daß, falls eine Besteuerung des Ertragsminimums unumgänglich sei, dies einseitlich von Reichs wegen geschehen müsse.

Die deutsch-russischen Verhandlungen über die Ausführung des Wirtschaftsabkommens sind zu Ende geführt worden.

Italien wird auf der Londoner Konferenz durch den Grafen Forza, Schatzminister Reda und dem italienischen Botschafter in London de Martino vertreten sein.

Der griechische Ministerpräsident Kalligeropoulos erklärte, er habe sich mit den Anhängern Benizelos' über die auswärtige Politik, die befolgt werden sollte, geeinigt.

## Simons' Karlsruher Rede.

Ueber die Rede, die Außenminister Simons in Karlsruhe hielt, wird ausführlicher noch folgendes gemeldet: Simons sagte: Er vertraue dem Volke. Wer leidet für das deutsche Volk Außenpolitik mache, der könne es nicht mehr tun als ein auf seinem Posten gestellter Beamter, der müsse sich getragen fühlen von dem Willen des Volkes. Er wisse daß er zu Männern komme, die erfüllt sind von den heißen Sorgen, welche man hier an dem Außenposten des Reiches mehr als anderswo gegenüber den Pariser Beschlüssen empfinde. Die sogenannten Sanktionen, die Befegung deutschen Gebietes würden für Süddeutschland und insbesondere für Baden von größter, schwerwiegendster Bedeutung sein. Es sei jetzt, daß ohne die Mitarbeit des deutschen Volkes die Regelung der ungeheuren Probleme, welche der Friedensvertrag mit sich bringt, nicht möglich ist. Wir wären auf gutem Wege wenn wir den Brüssler Weg weitergegangen wären. Man habe diesen Weg verlassen und den Weg des Diktats vorgezogen, denn was sei die Pariser Konferenz anderes? Die Entente greift weit über das hinaus, was wir zu leisten vermögen. Es ist unsere Aufgabe, den Franzosen nachzuweisen, daß es ihnen auf dem von ihnen betretenen Wege nicht gelingen wird, ihre schwierige Lage zu erleichtern. Wir müssen versuchen, mit Vorschlägen an die Londoner Konferenz heranzugehen, die innerlich durchdacht und praktisch durchführbar sind. Wenn wir jetzt nach London mit Gegenvorschlägen gehen, so wird die öffentliche Meinung in England in gleicher Weise revoltieren wie die deutsche öffentliche Meinung gegen die Pariser Beschlüsse revoltiert hat. Es ist möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß die Londoner Konferenz in ihren ersten Versuchen kein Ergebnis der Verständigung haben wird. Es wird außerordentlich schwer sein, sich in London über die neuen Methoden zu einigen. Eine peinliche Lage des Friedensvertrages ist, daß man dem deutschen Volke nicht gesagt hat, was man eigentlich von ihm verlangt. Und wenn man uns jetzt Wortworte macht, daß wir nicht selbst Vorschläge gemacht haben, so müssen wir erwidern, daß die Unsicherheit bei uns zu groß gewesen ist, um Vorschläge machen zu können.

Die Gegner rechnen damit daß wir in wenigen Jahren wieder zu großer Blüte gelangen. Um diese Summen zahlen zu können, müßten wir aber zu einer wirtschaftlichen Blüte gelangen, welche diejenige von 1913/14 bei weitem übersteigt. Und dennoch sollen wir uns zu solchen Leistungen verpflichten. Sie wären eine katastrophale Politik. Damit das deutsche Volk mit Hoffnung auf Erfolg sich aus dieser eienben Lage herausarbeiten kann, brauchen wir Ruhe und Verständnis für unsere Lage. Dieser Weg bietet wenigstens Aussicht auf Rettung. Wir müssen festhalten an demjenigen, was wir aus dem Zusammenbruch gerettet haben. Dazu gehört die Unversehrtheit des Reichsgebildens. Es gibt kein Land im Deutschen Reich, wo dieser Gedanke lebendiger ist als in Baden. Solange wir die Reichsverfassung haben wollen wir sie auch verteidigen gegen den Angriff von innen und außen. Die Pariser Beschlüsse würden in ihren Folgen eine Unversehrtheit der deutschen Reichsverfassung nicht gewähren, sie laufen auf einen Zusammenbruch alles dessen hinaus, was sich das deutsche Volk auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiet erobert hat. Wenn wir die Pariser Beschlüsse nicht annehmen, so treten die Sanktionen in Kraft, die ebenfalls auf eine Trennung des Deutschen Reichs hinausgehen. Jede Bestrebung von außen, welche dahin geht, das deutsche Stammgebiet auseinanderzureißen, bedeutet ein Attentat gegen die Reichsverfassung. Der Minister betonte, daß er auf seiner Reise durch Süddeutschland das erhebende Gefühl gehabt habe, daß dies Attentat auf den einträchtigen Einheitsband des deutschen Volkes stehen wer-

de. Das Gefühl werde ihm Kraft geben, unannehmbaren Forderungen gegenüberzutreten.

Abgeordneter Schöpslin (Soz.) betonte, daß die deutsche Arbeiterkass mit großer Sorge der Reise des deutschen Außenministers nach London entgegenstehe. Die Reparation dürfe nicht so weit gehen, daß das deutsche Volk zu einem Sklavenvolk werde. Es wäre eineurchbare Schande, wenn das Deutsche Reich getrümmert würde. Wir müßten auf dem Wege der kulturellen und friedlichen Arbeit zum Ziele zu gelangen suchen. (Beifall.) Es sprachen noch Vertreter der Beamtenschaft und von Handel und Industrie. In seinem Schlußwort erklärte Reichminister Dr. Simons, daß die heutigen Anregungen nicht nur ihn kräftigen würden, sondern auch jene, die mit ihm berufen sein würden, in London die Interessen des deutschen Volkes zu wahren. Der Minister schloß mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland, in das die Anwesenden begeistert einstimmten.

## Poincaré über die Vorgeschichte des Krieges.

Poincaré hat Mittwoch, nachmittag den zweiten seiner sechs Vorträge über die Ursachen des Krieges gehalten. Diesmal hat er die geschichtliche Entwicklung der französisch-russischen Allianz und der französisch-englischen Entente cordiale auseinandergesetzt. Er stellte die verschiedenen friedlichen Ziele dieser Allianzverträge den drei Kriegsjahren des Dreibundes entgegen, wozu sich die beiden Vertragsparteien Deutschland und Oesterreich anbelangt. Poincaré führte aus: Nach Unterzeichnung des Friedens von Frankfurt dachte die Regierung Thiers doch daran, die Kriegsschuldabgung zu zahlen, um die Besetzung loszuwerden. Aber Bismarck versuchte, Frankreich wie einen bestraften Schulbuben in die Ecke Europas zu stellen. Oesterreich war Bismarck bereits sicher und die Beziehungen mit Rußland dachte er fester zu knüpfen. Im Jahre 1872 fand in Berlin eine erste Zusammenkunft der drei Kaiser statt, die in Wirklichkeit vor den Augen der Öffentlichkeit eine feierliche Veranstaltung der französischen Niederlage war. 1875 ergab sich die Herausforderung Bismarcks gegenüber Frankreich, und Alexander II. begriff, daß eine Reichserweiterung Frankreichs für Rußland eine Katastrophe bedeuten würde. Er intervenierte infolge dessen und veränderte den Reichskongress an der Ausführung seiner Entschlüsse, nämlich gegen Frankreich einen neuen Krieg zu verhängen. Bismarck selber bereite einen Präventivfrieden vor. England schloß sich Rußland an. In den folgenden Jahren gelang es Deutschland, in engem Bunde mit Oesterreich, einen Druck auf Rußland auszuüben. Deutschland unterstützte Rußland in dem türkischen Abenteuer, und nachher demütigte es dasselbe auf dem Berliner Kongress, indem es Rußland um die Früchte seines Sieges brachte. Der Berliner Frieden, an den Bismarck so großen Anteil hatte, brachte unvermeidliche Konflikte zwischen Slaven und Türken, und auch zwischen Slaven und Oesterreichern und häuften auf einem kleinen Teile der Erde ungeheure Mengen Brandstoff an. Nach dem Abschluß des Dreibundes 1882 legte sich Rußland Rechenschaft ab, daß eine Spitze des Dreibundes nach Westen und die andere nach Osten gerichtet sei, und nach und nach näherte sich Rußland spontan Frankreich und die Beziehungen zwischen beiden Ländern wurden immer freundschaftlicher, besonders seitdem Alexander III. feststellen konnte, daß Deutschland in allen Fällen, wo es sich um die Durchführung des Berliner Friedens handelte die österreichischen Interessen in Geheim gegen die russischen Interessen unterstützte, während gleichzeitig Frankreich die russischen Interessen verteidigte, namentlich in der bulgarischen Frage. 1890 war der Umschwung vollzogen, und im Dezember 1893 war die Allianz vollendete Tatsache, nachdem schon 1892 das militärische Abkommen abgeschlossen war. Der Wortlaut dieser Allianz wurde auf Wunsch des Zaren streng geheimgehalten und wurde erst im Jahre 1918 veröffentlicht. Nicht hatte aber damals die russische Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß die französische Verfassung die Geheimhaltung eines solchen Vertrages auf die Dauer nicht gestatte, und daß das französische Parlament unüberwindliche Rechte bestimme, die einer Durchführung der französischen Bedingungen voranstünden. 1914 hat Deutschland selber nacheinander Rußland und Frankreich den Krieg erklärt und infolgedessen trat die französisch-russische Allianzbedingung in Kraft. Am 4. August 1914 nahm Viviani den Wortlaut der französisch-russischen Allianz von 1892 und 1893 mit in die Kammerführung, für den Fall, daß jemand Kenntnis von dem Wortlaut zu haben wünschte; allein kein einziger Deputierter hat ein diesbezügliches Antrage gestellt. Angesichts des Angriffs durch Deutschland begriffen alle, daß als Folge dieser Tatsache jedes praktische Interesse am Wortlaut der vor 22 Jahren abgeschlossenen Verträge wegfällt.

In seinem weiteren Vortrag über die Entwicklung der französisch-russischen Allianz führt Poincaré folgendermaßen fort: Wilhelm II. hatte aus seinen freundschaftlichen Beziehungen zum Zaren Nikolaus II. Nutzen gezogen, um ihn von Frankreich abzuwenden zu machen. Nikolaus war vielleicht eine schwache Natur und ein unentschiedener Geist, aber er hatte einen Kultus für die Erinnerung an seinen Vater, und er wollte die Erblichkeit, die er empfangen hatte, nicht verlaugnen. Nikolaus blieb also der Politik Alexanders III. gegen Frankreich treu. Er wollte jedoch dem Einfluß Wilhelms II. nicht ganz zu entsagen. Glücklicherweise machte die englische Politik die deutschen Pläne bald wieder zunichte, als Eduard VII. den Thron bestiegen hatte. Aus der Geschichte der englisch-französischen Union überung wies Poincaré die wiederholte Behauptung Deutschlands zurück, als sei der Krieg ein Präventivkrieg gewesen und ein Verteidigungskrieg für Deutschland, als habe es sich für Deutschland darum gehandelt, gegen die Einkreisungspolitik vorzugehen, solange es noch möglich war. Poincaré stellt fest, diese Ententepolitik sei nicht eine Einkreisungspolitik gewesen, sondern eine Politik des Friedens, denn sie habe England und Frankreich ermöglicht, ihre Außenstreitfragen zu begraben. Frankreich sei auch in die Lage gesetzt worden, als Verbündeter Rußlands und als Freund Englands zwischen beiden Lagern zu vermitteln, da zwischen beiden Mächten immer noch genügend Berührungspunkte vorhanden waren. Im weiteren sei infolge dieser Ententepolitik Italien als Verbündeter Deutschlands und Oesterreichs in der Lage gewesen, zwischen den beiden Machtgruppen einen natürlichen Bindestrich zu bilden. Allein gerade dieses europäische Gleichgewicht auf Grund dieser Allianz und diese Entente sei für den deutschen Imperialismus unerträglich gewesen, und gerade darum habe Wilhelm II. sich bemüht, den Zaren Nikolaus II. zum Abschluß eines Einverständnisses mit Deutschland gegen England zu bringen, um die Eigenhaft Rußlands als Verbündeter von Frankreich in dieser antienglischen Situation auszunutzen. Poincaré berief sich dabei auf die Konferenz zwischen Wilhelm II. und Nikolaus II., die Burzew nach der russischen Revolution entbeht hatte. Es habe auch den Anschein gehabt, als liege der Zar sich einen Augenblick lang verfahren, bevor aber das nicht wieder gut zu Machende geschehen sei, hat er wieder den richtigen Weg gefunden. Im Jahre 1912, als Poincaré Außenminister und Ministerpräsident gewesen sei, seien Frankreich und England übereingekommen, daß, wenn ein Krieg unvermeidlich erscheinen werde, die beiden Regierungen die Armees- und Marineabkommen in Kraft setzen würden, die von den Generalstäben und Admiralstäben für gewisse Fälle ausgearbeitet worden wären. Der ausgearbeitete und unterzeichnete Wortlaut sei aber bloß Hypothese gewesen und habe eine feste Verpflichtung gegenständlicher Hilfeleistung umfaßt. Darin, so schloß Poincaré, liege der Beweis, daß Deutschland nicht von einer Einkreisungspolitik bedroht gewesen sei, und daß weder die französisch-russische Allianz noch die französisch-englische Entente cordiale peiniget gewesen sei, den Frieden zu gefährden.

## Kleine politische Meldungen.

Keine Interviews mehr. Reichminister des Innern Dr. Simons hat auf die Frage eines neutralen Journalisten, der sich wegen eines Interviews an ihn wandte, erklärt, daß ein Kabinettsbeschluss der deutschen Reichsregierung vorliege, wonach in Zukunft keine Interviews mehr gegeben werden sollen.

Die Entwaffnung in Bayern. Wie zuverlässig bekannt wird, hat das Reichskabinett den Beginn der Entwaffnung in Bayern in Aussicht genommen. Der Reichskommissar Dr. Peters begibt sich zunächst nach München. Es ist anzunehmen, daß die Reichsregierung die Ergebnisse der Londoner Besprechungen abwarten will. Auch die Entwaffnung der osterreichischen Grenzwehren ist vorläufig nur angeordnet, ohne daß mit der Ausführung sofort begonnen wird.

42 Jahre Sklaverei. Die italienischen christlichen Gewerkschaften erheben Widerspruch gegen den Zustand der Sklaverei, zu welchem die deutsche Arbeiterklasse für 42 Jahre zum Profit eines fremden Kapitals und Imperialismus verurteilt werden solle, und protestieren gegen die Erdröpfung des deutschen Volkes durch neue Auflagen.

Sand in die Augen! Die interalliierte Regierungskommission gibt bekannt: Die interalliierte Regierungskommission hat bei der polnischen Regierung Schritte unternommen, um zu erreichen, daß wirksame Maßnahmen zur strengen Ueberwachung der Grenze auf polnischem Gebiet getroffen werden. Die polnische Regierung ist auf diese Anregung eingegangen und hat die erforderlichen Anweisungen zu ihrer Verwirklichung gegeben. Mit der Aufstellung der Grenzposten ist bereits begonnen worden.

Die schwarzen Truppen. Das französische Kriegsministerium lehnt es ab, die farbigen Truppen aus dem besetzten deutschen Gebiet zu entfernen. Die hitlerische Führung der Kolonialtruppen sei über Erwarten gut. Seit 1918 sei auch die Zahl der Truppen im Rheinland schon vermindert worden. Jede Beschuldigung eines Schwarzen durch deutsche Einwohner werde genau untersucht. Von 227 Klagen seien nur 72 begründet gewesen. Keun Fälle davon waren Angriffe auf Frauen.

Die amerikanische Hilfe für Deutschland. Die amerikanische Hilfsaktion für Deutschland hat bis 1. Februar 28 Millionen Kosten verursacht. Wie mitgeteilt wird, hatten die nordamerikanischen Quäker ihre Gemeinshaftsbildung am 1. d. Ms. In Philadelphia wurde eine weitere Summe von 20 Millionen Dollar für die Fortsetzung des Hilfswertes in Deutschland bewilligt.

Ein französisch-englisches Flottenabkommen. Wie Echo de Paris meldet, steht das französisch-englische Flottenabkommen vor der Unterzeichnung. Durch das Abkommen wird den vereinigten französisch-englischen Flotten die Segemonie unter den Flotten der Erde gesichert.

Die Politik der französischen Sozialisten. Die Agentur Havas meldet aus Paris: Der Nationalrat der französischen Sozialisten

lon  
sehr.  
ing wic  
he  
gemacht  
ine  
Boll  
ig  
et per  
an die  
geseht.  
erleben.  
illig  
midt  
e 6  
m.  
uuo.  
itens  
en  
X. 1188  
blatt.  
Zrl.  
firm in  
sternogra  
nd Buch  
stellung  
ebote an  
es Wues  
E. 1178.  
s  
hen  
16. 1.  
lages  
hen  
hat,  
verfett  
gutem  
schicht.  
neeburg.  
rinnon  
dauernde  
del  
horlan.  
ter lucht,  
fannisch.  
absoollen  
is wurde  
ingebote  
gef. Wurb.  
er Tgbl.  
Wts.  
Kender  
en  
verkauf.  
rt ver  
Sa.  
8-10.